

Antrag

der Abgeordneten Beate Walter-Rosenheimer, Kai Gehring, Özcan Mutlu, Brigitte Pothmer, Volker Beck (Köln), Luise Amtsberg, Ekin Deligöz, Katja Dörner, Dr. Franziska Brantner, Ulla Schauws, Doris Wagner, Maria Klein-Schmeink, Tabea Rößner, Elisabeth Scharfenberg, Kordula Schulz-Asche, Dr. Harald Terpe, Kerstin Andreae, Anja Hajduk, Sven-Christian Kindler, Markus Kurth und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wege in die Zukunft – Berufsausbildung jetzt modernisieren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die duale Ausbildung ist traditionell ein wichtiges Element von Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland. Sie eröffnet jungen Menschen gute Zukunftsperspektiven und sichert den Betrieben ihren zukünftigen Fachkräftebedarf. Die Bundesregierung hat sich öffentlich zwar immer wieder für eine Stärkung der beruflichen Bildung ausgesprochen, dieses Bekenntnis aber selten in politisches Handeln umgesetzt. So ist die Bilanz von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka ernüchternd. Trotz entsprechender Ankündigung im Koalitionsvertrag gibt es noch immer keine Ausbildungsgarantie, obwohl auch im Jahr 2016 wieder fast 50.000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlassen haben. Im vergangenen Ausbildungsjahr haben knapp 300.000 junge Menschen eine berufsvorbereitende Maßnahme im sogenannten „Übergangssystem“ begonnen, anstatt in einer vollqualifizierenden Ausbildung tatsächlich für das Berufsleben zu lernen. Mit 20 Prozent ist die Ausbildungsbetriebsquote erneut auf einen historischen Tiefstand gesunken. Darüber hinaus bestätigt der Bericht einen weiteren besorgniserregenden Trend: Mit 45,3 Prozent schafft nicht einmal mehr die Hälfte der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss den direkten Sprung in die Ausbildung. In der Folge haben derzeit fast zwei Millionen junge Menschen zwischen 20 und 34 Jahren keinen Berufsabschluss.

Wachsende regionale Unterschiede auf dem Ausbildungsmarkt führen dazu, dass junge Menschen in manchen Regionen kaum noch eine Chance auf eine Lehrstelle haben, während Betriebe in anderen Teilen der Bundesrepublik Deutschland händeringend nach Auszubildenden suchen. Auch auf die mehreren zehntausend Geflüchteten, die ab dem Jahr 2017 nach Ausbildungsplätzen suchen, sind Wirtschaft und Staat noch immer nicht ausreichend vorbereitet. Beim Zugang zu wichtigen Integrationsangeboten differenziert die Bundesregierung weiterhin kleinkariert nach Aufenthaltsstatus und Bleibeperspektive und verhindert damit wissentlich und willentlich, dass junge Geflüchtete den Weg in Qualifizierung und Beschäftigung finden, obwohl die meisten

von ihnen oft jahrelang in Deutschland leben werden. Höchst problematisch ist in diesem Zusammenhang insbesondere auch die Weigerung der Bundesregierung, eine bundeseinheitlich rechtssichere Lösung für die im Integrationsgesetz beschlossene Ausbildungsduldung (3+2-Regelung) zu schaffen. Die große Koalition ignoriert damit das Problem, dass Auszubildende mit Fluchtgeschichte in einigen Bundesländern trotz gültigem Ausbildungsvertrag nach wie vor abgeschoben werden können.

Bei der dringend notwendigen Reform der Pflegeausbildung hat sich die Koalition monatelang gegenseitig blockiert und ihren Streit auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten, Pflegebedürftigen und Pflegekräfte ausgetragen, statt die offenen Fragen zügig zu klären. Nun bahnt sich ein halbgarer Kompromiss an, der weiterhin mehr Fragen aufwirft als beantwortet.

Einer Initiative für mehr Ausbildungsqualität hat die Bundesregierung ebenfalls eine Absage erteilt, indem sie die notwendige Reform des Berufsbildungsgesetzes nicht in die Wege geleitet hat. Unter anderem die Qualität des dualen Studiums wird so auch in den kommenden Jahren nicht gesichert, obwohl seine Bedeutung zunimmt und das Potenzial sowohl der einzelnen Studierenden als auch des gesamten Bildungsweges insgesamt sehr hoch ist. Trotz kleinerer Modellprojekte im Bereich der MINT-Bildung bestimmen zudem noch immer überholte Geschlechterklischees allzu häufig das Berufswahlverhalten junger Frauen und Männer.

Stillstand zeigt sich leider auch bei der Digitalisierung und Modernisierung der beruflichen Bildung. Alle Prognosen zur Entwicklung der dualen Ausbildung für die Arbeit 4.0 gehen davon aus, dass kognitive Fähigkeiten immer zentraler werden. Die daraus resultierenden Herausforderungen nimmt die Bundesregierung nicht an: Der Eingang ins Ausbildungssystem wird mit mittlerem Schulabschluss oder Hauptschulabschluss immer schwieriger, duale Studienangebote werden immer attraktiver, schon beim Ausbildungsabschluss besteht der Bedarf nach Fort- und Weiterbildung. Allein in die Digitalisierung der Überbetrieblichen Ausbildungsstätten zu investieren, wie es die Koalition im Haushalt 2017 getan hat, reicht bei weitem nicht aus. Die Ankündigung des ehemaligen Bundeswirtschaftsministers Sigmar Gabriel, die beruflichen Schulen mit einem Berufsschulpakt fit für die Herausforderungen der digitalen Zukunft zu machen, bleibt dennoch bis heute genau das – eine Ankündigung. Die notwendigen Mittel sind bisher in keinem Haushalt hinterlegt. Gleiches gilt für den groß beworbenen Digitalpakt von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka, dem der Bundesfinanzminister bereits zu Gunsten der geplanten Erhöhung des Verteidigungsetats eine klare Absage erteilt hat.

In Bezug auf ihr internationales Engagement wird die Bundesregierung zwar nicht müde, das duale System der Berufsausbildung als Exportschlager zu feiern. Die Bilanz ihrer konkreten Exportbemühungen im Kampf gegen die noch immer viel zu hohe Jugendarbeitslosigkeit im Süden Europas ist aber alles andere als ein Erfolg. So wurden beispielsweise in den vergangenen Jahren im Hauptpartnerland Italien ganze 40 Ausbildungsplätze nach dem dualen Prinzip geschaffen, während zur gleichen Zeit dort über 600.000 Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit waren. Weil aber die Zukunft Europas maßgeblich mit der Zukunft der europäischen Jugend verknüpft ist, muss die Bundesregierung auch über die Landesgrenzen hinaus Verantwortung für die europäische Jugend übernehmen.

Festzustellen bleibt: Die berufliche Bildung leidet nach fast vier Jahren großer Koalition in nahezu allen Bereichen unter deren mut- und ideenlosen Politik der kleinen Schritte. Das deutsche Berufsbildungssystem wird mit den Anforderungen einer veränderten Arbeitswelt und modernen Gesellschaft nur Schritt halten und ihr gesamtes Potenzial entfalten können, wenn die Bundesregierung ihrer Verantwortung für junge Menschen, Lehrende und Betriebe endlich gerecht wird. Aus Lippenbekenntnissen müssen Mut zu Modernisierung und nachhaltige Investitionen werden.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. eine echte Ausbildungsgarantie zu schaffen, die allen jungen Menschen direkt nach der Schule den Schritt in eine Ausbildung mit qualifiziertem Berufsabschluss ermöglicht;
 2. die berufliche Integration junger Menschen zu verbessern, indem Arbeitsagenturen, Jobcenter und Jugendhilfe in ganz Deutschland nach dem Prinzip von Jugendberufsagenturen gleichberechtigt und fallbezogen im Sinne der Jugendlichen zusammenarbeiten. Damit am Übergang Schule-Beruf niemand mehr „verloren geht“, muss das Schnittstellenmanagement verbindlich in den Sozialgesetzbüchern verankert werden;
 3. ein Berufsschulprogramm in Höhe von mindestens 500 Millionen Euro jährlich aufzusetzen, das die beruflichen Schulen fit für die Herausforderungen des digitalen Zeitalters und der Einwanderungsgesellschaft macht. Dadurch werden Länder und Kommunen bei der notwendigen Ausstattung und der Ausbildung des Lehrpersonals unterstützt und so eine qualitativ hochwertige Ausbildung gesichert;
 4. die Berufsausbildungsbeihilfe und das Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG so auszugestalten, dass sie leichter in Anspruch genommen werden können und niemand aus finanziellen Gründen auf eine Ausbildung verzichten muss;
 5. für mehr Ausbildungsqualität zu sorgen, indem das Berufsbildungsgesetz an die Anforderungen der digitalen Wissensgesellschaft angepasst und modernisiert wird. Die Rechte von Auszubildenden müssen dabei gestärkt werden;
 6. die regionale Spaltung in der beruflichen Bildung zu überwinden, indem die Mobilität von Auszubildenden gefördert und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) dabei unterstützt werden, einzelne Ausbildungsinhalte im Verbund entsprechend ihrer Kompetenzen und Leistungsfähigkeit anzubieten;
 7. die Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung signifikant zu erhöhen und für die vorbehaltlose Gleichwertigkeit beider Bildungsgänge zu sorgen, um einerseits die Attraktivität der beruflichen Bildung zu steigern und andererseits Aufstieg durch Bildung tatsächlich für alle zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang muss die Begabtenförderung in der beruflichen Bildung unter anderem durch eine Gleichstellung beim Büchergeld mit den Studierenden gestärkt werden;
 8. die Integration von Neuzugewanderten umfassend zu fördern, indem alle Bildungs- und Qualifizierungsangebote und -wege unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsrechtlichem Status und Bleibeperspektive von Beginn an in ganz Deutschland offen stehen;
 9. Rechtssicherheit für ausländische Auszubildende und Betriebe zu schaffen, indem statt der so genannten Ausbildungsduldung eine Aufenthaltserlaubnis für die Zeit der Ausbildung, der Arbeitsplatzsuche und der anschließenden Beschäftigung erteilt wird;
 10. die weltweit hohe Jugendarbeitslosigkeit entschieden zu bekämpfen, indem
 - a) sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für Maßnahmen einsetzt, die die europäischen Partnerstaaten bei der Umsetzung der Jugendgarantie unterstützen;
 - b) der Kreis der europäischen und außereuropäischen Partnerstaaten in der Berufsbildungskoooperation erweitert wird und diese beim Aufbau dualer Systeme der Berufsbildung nicht nur projektbezogen, sondern flächendeckend und dauerhaft unterstützt werden;
 - c) im Rahmen europäischer und außereuropäischer Kooperationen der internationale Austausch von Auszubildenden verstärkt gefördert wird;

- d) aus den Erfahrungen befristeter Sonderprogramme wie MobiPro-EU gelernt und die aufgebauten Kontakte und Strukturen erhalten und weiterentwickelt werden.
- III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung zudem auf, gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz sowie allen weiteren zuständigen Fachministerkonferenzen das Jahr 2017 nutzen, um die berufliche Bildung voranzubringen. Dafür muss die Bundesregierung
1. gemeinsam mit den Ländern die vollzeitschulischen Ausbildungsgänge, die heute staatlich angeboten werden, endlich gebührenfrei machen;
 2. gemeinsam mit den Ländern und Sozialpartnern die Allianz für Aus- und Weiterbildung durch verbindliche Zusagen aller Beteiligten zu einer echten Ausbildungsallianz im Sinne der jungen Menschen weiterentwickeln;
 3. die Qualitätssicherung für das duale Studium vereinbaren, indem für das duale Studium in allen Ländern klare Regeln entwickelt und gesetzlich verankert werden, die den Bedürfnissen der Studierenden gerecht werden;
 4. gemeinsam mit den Ländern die Lehr- und Lernmittelfreiheit für Auszubildende in der beruflichen Bildung im Berufsbildungsgesetz sowie entsprechend in den Landesschulgesetzen verankern;
 5. gemeinsam mit Ländern und Kammern ein gemeinsames Finanzierungsmodell entwickeln, damit insbesondere in teuren Ballungsgebieten bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende zur Verfügung gestellt werden kann;
 6. die Ausbildung in den Pflege- und Gesundheitsberufen verantwortlich weiterentwickeln, um deren Attraktivität zu steigern und den Fachkräftemangel abzumildern. Dazu muss unter anderem eine integrativ-gestufte Pflegeausbildung und die bundesweite Schulgeldbefreiung für alle Pflege-Auszubildenden eingeführt werden;
 7. eine koordinierende Funktion bei der Bündelung und sinnvollen Strukturierung der zahlreichen Integrationsangebote für Geflüchtete übernehmen, damit Doppelstrukturen vermieden und Bildungs- und Qualifizierungsangebote allen Interessierten passgenau zur Verfügung gestellt werden können.

Berlin, den 16. Mai 2017

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion